

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbm d



Inhalt

Herbert Wehner MdB, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, ruft CDU/CSU zu konstruktiver Mitarbeit auf: Die Bürger wollen kein Sonthofen. Seite 1

Georg Leber MdB stellt fest, daß die Vertrauensfrage des Kanzlers den Offenbarungseid der CDU/CSU-Taktik gebracht hat: Lehre für die Opposition. Seite 3

Hans-Jürgen Wischnewski MdB appelliert: Helfen, damit das Morden in El Salvador aufhört. Seite 4

Manfred Dammeyer kritisiert die Finanzminister: Die Ministerpräsidenten müssen Farbe bekennen. Seite 5

Klaus Wettig MdEP kommentiert Substitutverhandlungen: Die EG ist kein Abfallplatz für US-Alkoholproduktion. Seite 6

Waltzraud Steinhauer MdB befürwortet Sanktionen: Frauen-Gleichberechtigung immer noch bloßer Grundgesetz-Programmsatz. Seite 8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godtsberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

37. Jahrgang / 26

8. Februar 1982

Die Bürger wollen kein Sonthofen

CDU/CSU sind zu konstruktiver Mitarbeit aufgerufen

Von Herbert Wehner MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Das von den Medien heute gespiegelte Erscheinungsbild der Koalition entspricht nicht der Wirklichkeit, ist eher ein Zerrbild.

Tatsache ist - und dies sollte nicht vergessen gemacht werden -, daß sämtliche Abgeordnete von SPD und FDP Bundeskanzler Helmut Schmidt, seiner Außen- und seiner Innenpolitik uneingeschränktes Vertrauen ausgesprochen haben, CDU und CSU, die wiederholt behauptet hatten, der deutsche Bundeskanzler habe keine Mehrheit mehr und könne es daher nicht wagen, die Vertrauensfrage zu stellen, haben unrecht.

Bundestagspräsident Stücklen hatte sich dagegen zu verwahren, daß ein Grundrecht unserer Verfassung ins Lächerliche gezogen wird. Seine Schelte trifft seinen Parteifreund, den bayerischen Ministerpräsidenten, der die Inanspruchnahme des Artikels 68 als "theatralische Geste", gar als "Mißbrauch" bezeichnet hat.

Tatsache ist, daß die sozial-liberale Bundesregierung eine "Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität" vorgelegt hat, mit der jetzt insgesamt 40 Milliarden Mark zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgesehen sind. Tatsache ist, daß die Mitglieder der SPD-Fraktion dem Paket in seinen Grundzügen einstimmig zugestimmt haben. In der FDP-Fraktion gab es nur eine Gegenstimme und vier Enthaltungen.

Jetzt kommt es darauf an, das, was grundsätzlich beschlossen ist und von beiden Koalitionspartnern getragen wird, in Gesetze umzugießen und - so schnell wie möglich - auf das parlamentarische Gleis zu setzen. Denn ein weiteres Zuwarten gibt denen, die - aus welchen Gründen auch immer -



gegen die "Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität" Front machen, Gelegenheit, unsere Bemühungen zu zerreden und zu zermäkeln.

Dabei ist der Handlungsspielraum des Bundes, die Zahl der Arbeitslosen von inzwischen zwei Millionen drastisch zu reduzieren, gering. Wir brauchen die Mitwirkung aller Kräfte in unserem Gemeinwesen. Auch die der Opposition dürfte nicht aus parteiegoistischen Gründen verweigert werden.

Denn die zahlreichen Finanzierungsvorschläge bedürfen fast ausnahmslos der Zustimmung des Bundesrates, und dort haben bekanntlich die CDU- und CSU-regierten Länder die Mehrheit. Nicht nur die zwei Millionen arbeitslosen Männer und Frauen erwarten, daß die Parteien jetzt diszipliniert an einem Strang ziehen, auch diejenigen, die derzeit einen sicheren Arbeitsplatz haben und die Verpflichtung zu einer solidarischen demokratischen Gesellschaft erkennen, rechnen mit einer gemeinsamen Anstrengung.

So legitim die Bemühungen von CDU und CSU sind, nach langen Jahren der Opposition wieder an die Macht zu kommen, so verwerflich wäre es doch, durch ein kaltes Nein nicht nur dieser Bundesregierung die kalte Schulter zu zeigen, sondern zugleich den von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen.

In dieser weltwirtschaftlich schwierigen Zeit haben die Arbeitslosen einen Anspruch darauf, daß sich auch die Opposition, die sich ja auf kein eigenes Konzept einigen konnte, nicht ihrer Verantwortung verweigert - selbst wenn sie damit auch dem Ansehen von SPD und FDP einmal hilft.

Wer zum Nutzen des demokratischen Ganzen wirken will, kann sich einer Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität und der entsprechenden Finanzierung nicht entziehen.

Die Bürgerinnen und Bürger wollen keine Neuauflage von Sonthofen. Dort hatte Herr Strauß es aus "politischen" Gründen als falsch bezeichnet, "mit eigenen Rezepten zu kommen und dabei dann natürlich über Allgemeinplätze hinweg auch zu konkreten Empfehlungen zu kommen".

In Sonthofen hatte er - freilich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, sondern als interne Strategieanweisung - gesagt: "Der Grundgedanke, den ich hier vertreten habe, war der: Erstens kann man jetzt überhaupt kein Rezept empfehlen, ohne sich in große politische Schwierigkeiten zu begeben." und: "Es muß wesentlich tiefer sinken ... Wir können uns gar nicht wünschen, daß dies jetzt aufgefangen wird ... Die Auflösung der jetzigen Bundesregierung ist das vorrangige Ziel."

Wenn sich Herr Strauß selbst treu geblieben ist - und zu dieser Annahme besteht begründeter Anlaß -, so wünscht er sich persönlich also noch höhere Arbeitslosigkeit, setzt er auf "die Emotionalisierung der Bevölkerung, auf die Furcht, die Angst und das düstere Zukunftsbild sowohl innenpolitischer wie außenpolitischer Art".

Ich bin zuversichtlich, daß nicht alle Ministerpräsidenten der Länder, in denen die CDU regiert, von dieser Rezeptur Gebrauch machen wollen! Es geht sachlich um etwas, das nicht aus parteiegoistischen Gründen verhindert werden dürfte.

(-/8.2.1982/ks/oa)



Lehre für die Opposition

Die Vertrauensfrage des Kanzlers brachte den Offenbarungseid der CDU/CSU-Taktik

Von Georg Leber MdB

Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Das vom Bundeskanzler verlangte Votum des Deutschen Bundestages ist eindeutig, Kanzler und Regierung können sich auch weiterhin auf eine große und ausreichende Mehrheit stützen.

Das sollte auch eine Lehre für die Opposition im Deutschen Bundestag sein. Die CDU/CSU hat seit den Bundestagswahlen keine Gelegenheit versäumt, zu erklären, der Kanzler habe eigentlich keine Mehrheit. Sie hat immer wieder behauptet, die Koalition oder seine eigene Partei stünden nicht mehr hinter ihm. Sie hatte sich in einer Art Suggestion scheinbar auch selber so in diese Haltung hineinmanövriert, daß sie ihre eigentliche Rolle als zwar kritische, aber auch konstruktive Opposition dabei vernachlässigt hat.

Nach der Methode "steter Tropfen höhlt den Stein" hat sie mit ihren Behauptungen Verwirrungen im eigenen Lande erzeugt und in der Welt sind gewiß auch Irritationen entstanden. Gerade in einer schwierigen Phase der Weltpolitik muß die Stellung des Bundeskanzlers und sein Gewicht dadurch geschwächt werden. Das bleibt nicht ohne Schaden für die deutsche Politik und die Wahrnehmung deutscher Interessen. Nun hat der Kanzler aus eigenem Entschluß das Votum verlangt und der Bundestag hat in namentlicher Abstimmung festgestellt, daß er Vertrauen zu ihm hat und hinter ihm steht.

Dahinter erheben sich nach dem Votum des Deutschen Bundestages aber ein paar Fragen, die die Opposition angehen. Wenn sie bis jetzt wirklich davon überzeugt war, daß der Kanzler keine Mehrheit mehr hatte, wie sie es immer wieder behauptet hat, dann hätte sie den Antrag des Bundeskanzlers dazu nutzen müssen, nun auch die Schlußfolgerung aus ihren bisherigen Behauptungen zu ziehen und die Nagelprobe zu verlangen. Die Verfassung hätte ihr die Möglichkeit gegeben. Sie hätte dem vom Kanzler geforderten Vertrauensvotum, das nach der Verfassung zulässige konstruktive Mißtrauensvotum hinzufügen können. Dann hätte der Deutsche Bundestag in geheimer Abstimmung zwischen dem Bundeskanzler und einem Kandidaten der CDU/CSU entscheiden müssen. Es gibt keinen Zweifel, daß die Abgeordneten der Regierungskoalition auch in geheimer Abstimmung dem Kanzler so geschlossen ihr Vertrauen ausgesprochen hätten, wie sie es in namentlicher Abstimmung als Antwort auf die Vertrauensfrage getan haben.

Die CDU hat diese Gelegenheit nicht genutzt. Damit dokumentiert sie, daß sie bisher nicht aus Überzeugung, sondern aus parteitaktischen Erwägungen fortwährend Zweifel an der Vertrauensbasis des Kanzlers im In- und Ausland genährt hat. Sie hat damit parteitaktisch nichts gewonnen, aber sie hat mit Gewißheit der deutschen Politik geschadet. Eine parlamentarische Gruppe von der Größe der CDU/CSU ist auch in der Opposition nicht frei von der Verantwortung und muß sorgfältig abwägen, wo politische Taktik einer Partei sich in politischen Schaden für den Staat ummünzt. Es ist aber wahrscheinlich anzunehmen, daß die CDU/CSU sich bei einer solchen Überlegung nicht darüber hätte verständigen können, wen sie denn bei einem konstruktiven Mißtrauensvotum selbst als Bundeskanzler zu präsentieren hätte. In dieser Stunde genügte Mundspitzen nicht mehr, es mußte gepfiffen werden und die CDU hat offenbart, daß ihr dazu die Luft gefehlt hat.

Damit ist das Votum des Bundeskanzlers nicht nur zu einem Vertrauensbeweis für ihn geworden, sondern zugleich auch zum Offenbarungseid für die politische Taktik der CDU/CSU und ihre Klarheit in der wichtigsten Personalfrage. Mit dem, was nun im Bundestag geschehen ist, sollte aber das böse Spiel um das Vertrauen von Kanzler und Regierung, das bisher gespielt wurde, im Land und in der Welt hoffentlich auch sein Ende finden.

Wenn diese Klärung den Kanzler bewegt hat, ein Votum zu fordern, dann war es zugleich auch ein politisches Erfordernis, das nicht nur seiner Stellung hilft, sondern auch den Interessen des Landes dient.



Man muß sich entscheiden, wo man steht

Helfen, damit das Morden in El Salvador aufhört

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB

Stellvertretender SPD-Vorsitzender

Vorsitzender der Kommission Internationale Beziehungen beim SPD-Vorstand

In tiefem Schmerz und voller Empörung hat die Sozialdemokratische Partei die jüngsten Massaker in El Salvador zur Kenntnis nehmen müssen. Die Brutalität, mit der insbesondere die Streitkräfte der regierenden Junta Menschen hinhängen, kann von niemandem hingenommen werden.

Die deutschen Sozialdemokraten haben in der Vergangenheit keinen Zweifel daran gelassen, daß sie für eine politische Verhandlungslösung im Inneren Konflikt dieses von Bürgerkrieg und politischer Gewalt geschüttelten mittelamerikanischen Landes eintreten.

Diese Auffassung ist sowohl führenden Vertretern der regierenden Junta als auch der politischen und militärischen Opposition El Salvadors und anderen am Konflikt beteiligten Staaten und Gruppen wiederholt zur Kenntnis gebracht worden. Zuletzt hat die SPD Vertretern der Vereinigten Staaten am 20. Januar 1982 mitgeteilt, daß die politische und militärische Opposition bereit ist, den Weg einer politischen Lösung zu gehen.

Für Sozialdemokraten sind Wahlen wichtigster Ausdruck demokratischer Beteiligung eines Volkes am politischen Entscheidungsprozeß eines Landes. Sozialdemokraten treten immer dafür ein, daß Völker über ihr Schicksal mit dem Mittel freier Wahlen entscheiden. Die sogenannten "Wahlen" in El Salvador, die für den 28. März vorgesehen sind, sind jedoch eine Farce, die nur dazu dienen kann, spätere militärische Aktionen gegen die Opposition im Lande zu rechtfertigen. Jetzt können Kandidaten der Opposition nicht kandidieren; ohne ihr und ihrer Familie Leben zu gefährden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kann die Auffassung des amerikanischen Präsidenten nicht teilen, daß in der Frage der Menschenrechte in El Salvador "Fort-schritte" erreicht worden seien. Ganz im Gegenteil: Die SPD ist davon überzeugt, daß die gegenwärtig politisch und militärisch Verantwortlichen in El Salvador jetzt dazu übergegangen sind, den mörderischen Terror systematisch weiter zu forcieren.

Die SPD wird weder Beobachter zu den Scheinwahlen entsenden, noch kann sie anderen empfehlen, dieses zu tun. In diesen Stunden müssen alle erkennen, denen es um Freiheit, Menschenwürde und Unabhängigkeit von Völkern ernst ist, daß man sich entscheiden muß, wo man steht.

Dies kann nicht denen zur Rechtfertigung dienen, die glauben, den nationalen Befreiungskampf von Völkern für ihre einseitigen ideologischen Ziele auszunutzen.

Die SPD appelliert an die Vereinigten Staaten von Amerika, in Übereinstimmung mit den gemeinsamen Zielen von Demokratie, Selbstbestimmung, Nichteinmischung und Menschenrechten, sich dafür einzusetzen, daß die regierende Junta von El Salvador dem Morden Einhalt gebietet und in Verhandlungen ohne Vorbedingungen mit der Opposition - zu denen diese bereit ist - den Weg für die tatsächliche Verwirklichung demokratischer Strukturen und freier Selbstbestimmung in El Salvador endlich zu beschreiten. Wir wissen, daß viele Bürgerinnen und Bürger in den USA, insbesondere auch im Parlament so denken wie wir.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird ihre Kontakte und Verbindungen in dieser Region weiter nutzen, um mitzuhelfen, daß das Morden aufhört, daß Verhandlungen aufgenommen werden und daß dann Wahlen stattfinden, in denen die geschundenen Menschen in El Salvador ihren Willen zu Selbstbestimmung und Demokratie zum Ausdruck bringen können.
(-/8.2.1982/ks/ca)



Die Ministerpräsidenten müssen Farbe bekennen

Der Beschluß der Finanzminister vom 28. Januar ist unannehmbar

Von Dr. Manfred Dammeier MdL

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich (AfB),
Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen

Die Finanzminister und -senatoren der Länder haben am 28. Januar 1982 Entscheidungen zur zukünftigen Finanzierung des Bildungsbereichs getroffen, die Ausgaben bis 1985 in Höhe von etwa 85 Milliarden DM vorsehen.

Diese Summe klingt gewaltig, aber aufgeschlüsselt nach ihren Folgen wird sie für viele nur ein gewaltiges Zähneklappern bedeuten. Die Festlegung auf diese Summe würde heißen, daß in den nächsten vier Jahren

- circa 35- bis 40.000 Lehrerstellen in den Bundesländern abgebaut werden müssen, das heißt: Auf Jahre hätten junge Lehrer keine Chancen, einen Arbeitsplatz zu finden,
- die Ausgaben für die Universitäten, besonders für Sachausgaben und bauliche Maßnahmen, müssen drastisch gekürzt werden, dies bei Studentenzahlen, die von heute rund eine Million bis 1986 auf circa 1,35 Million steigen werden.

Die Finanzminister geben selbst zu, daß die Bildungsausgaben unterproportional steigen sollen. Wie ein Mohn für alle, die von dem System betroffen sind - Schüler, Eltern, Auszubildende, Lehrer und Studenten - klingt die Rechtfertigung für die "unterproportionale Entwicklung der Bildungsausgaben", deren Anteil von 16,2 Prozent im Jahr 1980 auf 15 Prozent im Jahr 1985 sinken sollen: " - aus der demografischen Entwicklung, die auch bei einer unterproportionalen Ausgabenentwicklung den erreichten bildungspolitischen Standard sichert und darüber hinaus weitere qualitative Verbesserung in verschiedenen Bildungsbereichen zuläßt...".

Ist denn diesen finanzpolitischen "Fachleuten" nicht klarzumachen, welcher Standard heute noch an unseren Schulen herrscht und damit festgeschrieben werden soll?

- Zehn Prozent bis 20 Prozent Unterrichtsausfall,
- Schüler-Lehrer-Verhältnis an den Berufsschulen im Schuljahr 1979/80 von 55 zu eins,
- Numerus clausus nicht nur an Universitäten, sondern auch an Berufsfachschulen bei ständig steigender Nachfrage, steigender Anteil ausländischer Schüler, die dringend mehr gefördert werden müssen, wenn sie nicht in eine zunehmende Ghettoisierung durch nationale Regelklassen gedrängt werden sollen.

Wie soll ein verantwortungsbewußter Politiker diese "Standards" erklären können, wenn gleichzeitig zehntausende Lehrer arbeitslos sind. Darüber hinaus wäre der Bildungsgesamtplan insgesamt gefährdet. Denn mit diesem finanziellen Ansatz lassen sich auch die pädagogischen Ziele dieses Planes nicht mehr durchsetzen. Der letzte Punkt bildungspolitischer Gemeinsamkeit wäre damit zerstört.

Hier kann nicht das letzte Wort gesprochen sein. Jetzt sind die Ministerpräsidenten der Länder, besonders die sozialdemokratischen, aufgefordert, klar zu sagen, daß sie die wichtigste Zukunftsinvestition, die der Ausbildung der Jugend, noch ernstnehmen. Und dies nicht nur vor Wahlen. Der Beschluß der Finanzminister vom 28. Januar kann so nicht stehenbleiben.
(-/8.2.1982/vo-he/ca)



Die EG kein Abfallplatz für US-Alkoholproduktion

Schwierige Verhandlungen über das Substitute-Problem zu erwarten

Von Klaus Wettig MdEP

Mitglied des Landwirtschaftsausschusses des Europäischen Parlaments

Zur Zeit verhandelt in Washington der amerikanische Landwirtschaftsminister mit Vertretern der Europäischen Gemeinschaft über die zwischen den beiden Handelspartnern in letzter Zeit größer gewordenen Differenzen auf dem Agrarmarkt. Dabei werden die Vertreter der Gemeinschaft vor allem die auch im vergangenen Jahr wieder gestiegenen US-Exporte von Getreide-Substituten und Eiweiß-Futtermitteln in die EG zur Sprache bringen. Denn die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, um die man sich in Brüssel derzeit intensiv bemüht, hängt nicht zuletzt auch von der Lösung des Substitute-Problems ab. Frankreich hat seine Zustimmung zu einem, wie auch immer gearteten, Reformkonzept unter anderem auch von dieser Lösung abhängig gemacht. Französische und italienische Agrarpolitiker fordern seit Jahren Abgaben auf die bisher völlig oder nahezu zollfrei in die Gemeinschaft eingeführten Futtermittel. Weil diese Abgaben jedoch letztlich nur die Verbraucher treffen würden, an den strukturellen Problemen der Gemeinsamen Agrarpolitik nichts ändern und handelspolitisch nur unter größten Schwierigkeiten - wenn überhaupt - durchsetzbar wären, hat sich diese Forderung bisher nicht durchsetzen können. Da jedoch die Substitute zunehmend das in der Gemeinschaft produzierte Getreide als Futtermittel verdrängen (der Preisvorteil der Substitute beträgt zur Zeit bis zu zehn DM pro 100 Kilogramm) und damit hoch subventionierte Exporte notwendig werden und da zusätzlich ein Teil des EG-Milchüberschusses auf den intensiven Einsatz von Kraftfutter zurückzuführen ist, muß hier eine Lösung gefunden werden. Die von der EG-Kommission vorgeschlagene Senkung des Real-Getreidepreises ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung. Darüber hinaus sollten jedoch die Washingtoner Konsultationen zu ernsthaften Verhandlungen mit den Amerikanern genutzt werden, ob und unter welchen Bedingungen sie sich bereit erklären könnten, ihre Exporte von Substituten in die Gemeinschaft nicht weiter auszudehnen. Denn ohne derartige Absprachen ist für die kommenden Jahre ein zum Teil massiver Anstieg dieser Exporte zu erwarten. Sorgen bereitet den europäischen Agrar-Experten in diesem Zusammenhang vor allem die Zunahme der Importe von Maisgluten, das als Rückstand bei der Alkoholproduktion anfällt. Diese als Futtermittel hochwertigen Rückstände werden



bisher fast ausschließlich in die Gemeinschaft exportiert. Noch ist ihr Anteil am Gesamtimport von Futtermitteln relativ gering. Im Zuge des von der amerikanischen Regierung unterstützten Programms für "Grünen Alkohol" befürchten Experten jedoch, daß das Angebot an Maisgluten bis 1990 auf das mehr als Zehnfache der jetzigen Exportmenge ansteigen könnte.

Die EG ist keine Abfall-Verwertung der amerikanischen Alkoholproduktion. Schon jetzt müssen Regelungen gefunden werden, muß die EG deutlich machen, daß Absprachen im GATT (auf die die Amerikaner ihren Wunsch nach ungehindertem Zugang zum EG-Markt stützen) sich auf den status quo in den 60er und 70er Jahren beziehen und nicht einseitig beliebig veränderbar sind. Mit aller Deutlichkeit sollte das amerikanische Landwirtschaftsministerium darüber hinaus darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Maßnahmen, die die USA zur Zeit zum Abbau ihrer Milch- und Butterüberschüsse plant, fatale Auswirkungen auf den Weltagrarmarkt befürchten lassen. Der Verkauf von 100.000 Tonnen Butter an Neuseeland hat bereits Beunruhigung hervorgerufen. Bis Ende dieses Jahres werden jedoch US-Butterüberschüsse von 234.000 Tonnen, bei Käse ein Überschuß von 400.000 Tonnen und bei Milchpulver von 765.000 Tonnen erwartet. Werden diese Mengen zu niedrigen Preisen auf dem Weltmarkt angeboten, ist ein Zusammenbruch des gerade mit hohen Kosten stabilisierten Weltagrarmarktes abzusehen.

Die amerikanische Regierung steht unter massivem Druck der mit dem neuen Farmgesetz unzufriedenen Erzeugerverbände. Die Anklagen von Landwirtschaftsminister William Block gegen den "Protektionismus" der EG werden zunehmend schärfer. Die Gemeinschaftsvertreter ihrerseits verhandeln vor dem Hintergrund einer schwierigen Situation der europäischen Landwirtschaft und massiver Preisforderungen der Erzeuger, die in direktem Gegensatz zu dem Reformkonzept der Kommission stehen. Die Konsultationen dürften schwierig werden.

(-/8.2.1982/ks/ca)

+ * *



Noch immer bloßer Programmsatz des Grundgesetzes

Die Gleichberechtigung für die Frauen mit Sanktionen durchsetzen

Von Waltraud Steinhauer MdB

Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Außer Spesen nichts gewesen?

Man könnte dies meinen, wenn man der Anhörung von Sachverständigen und Verbänden zum Thema "Gleichberechtigung durch ein Anti-Diskriminierungsgesetz?" unter der Voraussetzung gefolgt ist, hier müßten konkrete Erfolge erzielt werden; wenn man durch dieses Verfahren das Ziel zu erreichen hoffte. Daß dem nicht so ist und sein soll, hat aber schließlich Antje Huber in ihrer Begrüßungsansprache betont.

Das andere Ziel der Veranstaltung - die Klärung der "Fronten", die Sammlung von relevanten Informationen und vor allem die Betonung der Wichtigkeit des Verfassungsauftrages die Gleichberechtigung zu erreichen - ist von der Mehrheit der Sachverständigen und Verbände erreicht worden.

Wenn es überhaupt eines Beweises bedurft hätte, so wurde dieser durch diese Anhörung vor wenigen Wochen erbracht: Die Gleichberechtigung von Frauen im Arbeitsleben ist der Schlüssel zur Gleichberechtigung in der Gesellschaft schlechthin.

Es wird sich letztendlich niemand Überrascht zeigen können, daß die überragende Schlüsselstellung, die das Arbeitsleben für die Durchsetzung des in Artikel 3 Absatz 2 Grundgesetz verbrieften Verfassungsgrundsatzes auf Gleichberechtigung darstellt, in der erwähnten Anhörung durch die Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit sowie des Innern lediglich von einer Gruppe bestritten wurde: Von den Arbeitgebervertretern nämlich.

Hält man sich die Ersparnis der Arbeitgeber durch die Ungleichbehandlung vor Augen, so ist die Haltung der Arbeitgeber aus deren Sicht sogar durchaus verständlich.

In einer wenig beachteten Aufstellung des Statistischen Bundesamtes Ende des vergangenen Jahres wurden die Einkommen von männlichen und weiblichen Industriearbeitern von 1971 und 1980 gegenübergestellt. Daraus läßt sich ablesen, daß die Männer 1980 gegenüber 1971 nahezu eine Verdoppelung ihrer Einkommen erfahren haben - genauer gesagt 96,6 Prozent -, wodurch sie ein Jahreseinkommen von durchschnittlich 34.008,- DM erzielen konnten. Mit runden 10.000,- DM weniger konnten die Frauen wieder einmal und immer noch ein knappes Drittel weniger für ihre gleichwertige Arbeit erhalten. Diese Einkommenshöhe entspricht der der Männer von 1965.

Frauenarbeit ist den Arbeitgebern - übrigens in der überwiegenden Mehrzahl Männer - also weniger wert als Männerarbeitsleistung.

Dies verdeutlicht, daß die Bemühungen von Elisabeth Selbert, die die Formulierung "Männer und Frauen sind gleichberechtigt" mit im Grundgesetz verankert hat, die Bemühungen der sozialliberalen Koalition seit eh und je - besonders aber seit Inkrafttreten des arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetzes, das geschlechtsspezifische Benachteiligungen verbietet - und der verschiedenen Frauenorganisationen noch lange nicht am Ziel sind.



Auch 32 Jahre nach Verkündung des Grundgesetzes sind Frauen noch nicht gleichberechtigt, wohl aber gleichverpflichtet, wenn man sich die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen ansieht.

Die Frage nach den Ursachen darf sich nicht in Beschreibungen und Begründungen, die zweifellos gut formuliert sind, verlieren und es bei dieser status-quo-Beschreibung bewenden lassen.

Ende 1982 hat die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag Bericht zu erstatten, welche Auswirkungen das EG-Anpassungsgesetz, welches ja die Gleichstellung am Arbeitsplatz sicherstellen sollte, gehabt hat. Es wird nach den positiven und negativen Auswirkungen dieses Gesetzes fragen müssen und erwarten von der Bundesregierung konkrete Vorschläge, wie die Gleichberechtigung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz künftig auch in den Bereichen durchgesetzt werden kann, die sich zumindest bis jetzt den bestehenden gesetzlichen Vorschriften widersetzt haben.

Diesem Problem hat sich auch die Anhörung seitens der Bundesregierung, die ich bereits erwähnte, gewidmet.

Nach Auffassung der Betroffenen und Befragten, Einzelpersonen wie Verbänden, sind wirkungsvolle Sanktionen und weitreichende Schadensersatzansprüche unerlässlich, um den Frauen zu gleichen Rechten im Arbeitsleben zu verhelfen.

Ich meine, es ist schon heute abzusehen, daß wir nicht länger mit dem geltenden Recht, das auf Sanktionen und die erwähnten Schadensersatzansprüche verzichtet, auskommen können.

Im Sinne eines gerechten Interessenausgleichs sind wir gefordert, die im Gesetzgebungsgang seinerzeit politisch nicht durchsetzbaren "Zähne" im Gleichberechtigungsrecht nachträglich einzusetzen. Es genügt nicht mehr - das ist schon heute abzusehen -, daß wir uns weiterhin mit sanktionslosen Vorschriften begnügen und jenen Glauben schenken, die sich mit dem Brustton der Überzeugung gegenseitig versichern, alles Notwendige sei getan und dazu übergehen von der neuen "Mütterlichkeit" predigen.

Es ist eben nicht alles getan - die eingangs genannten Zahlen sprechen doch eine deutliche Sprache.

(-/8.2.1982/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

